

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Redaktionen und die Anzeigenstellen entgegen. — Erscheint werktäglich. — Preis pro Stück 10 Pf. — Anzeigenpreis: 10 Pf. pro Zeile pro Tag.

Anzeiger für das Erzgebirge

Redaktionsadresse: Die Anzeigenverwaltung, Postfach 100, Auer, Erzgebirge. — Telefon: 100. — Telegramm: Auergebirge. — Preis pro Stück 10 Pf. — Anzeigenpreis: 10 Pf. pro Zeile pro Tag.

Telegramm: Auergebirge. — Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. — Postfach-Nummer: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 297

Dienstag, den 20. Dezember 1932

27. Jahrgang

Beratungen über die Winterhilfe

Die Innenpolitik der Weihnachtswoche — Winterhilfsmassnahmen noch vor Weihnachten? — Die Sicherung des inneren Friedens

Berlin, 17. Dez. Das Reichskabinett hat in seiner heutigen Sitzung, die bis nach 13 Uhr dauerte, die politischen Verordnungen, so die Antiterrorverordnung und die Verordnung über die Einschränkung der Pressefreiheit zum größten Teil aufgehoben.

Die neue Verordnung, in der nur die allgemeinen Bestimmungen aus den bisherigen Verordnungen verbleiben, erscheint erst Anfang nächster Woche. Diese Verordnung soll gleichzeitig den Rest der Bestimmungen des Republikenschutzes enthalten. Es handelt sich hierbei im wesentlichen um eine Verschärfung der Bestimmungen gegenüber Vergehen gegen die Person des Reichspräsidenten sowie um Maßnahmen zum Schutze der Reichsflagge und der Wehrmacht.

Die Fragen der Winterhilfe sind in der Kabinettsitzung zum größten Teil abgeschlossen worden. Es ist nach Ansicht unterrichteter Kreise damit zu rechnen, daß die Winterhilfsmassnahmen noch vor Weihnachten in Kraft gesetzt werden.

Berlin, 16. Dezember. Die politischen Aufgaben, die vor Weihnachten noch zu erledigen sind, betreffen in erster Linie die Winterhilfe, die in ihren Einzelheiten im Laufe der Woche vom Kabinett endgültig geregelt werden muß. Zu diesem Zwecke wird Mitte der Woche eine Kabinettsitzung stattfinden.

Für Dienstag ist die Veröffentlichung der bereits angekündigten Verordnung über die „Sicherung des inneren Friedens“ vorgesehen, deren Inhalt teils in der Aufhebung einer ganzen Reihe bisher gültiger Bestimmungen, teils in der Zusammenfassung solcher Vorschriften besteht, die weiterhin — zum Beispiel aus dem Republikenschutzes — in Kraft bleiben sollen.

Auf parlamentarischem Gebiete ist für Montag die Entscheidung des Reichstages über den kommunistischen Antrag auf sofortige Wiedereinberufung des Reichstages zu erwarten. Die Stellung des Nationalsozialistischen Antrages ist zwar noch nicht endgültig festgelegt, aber es gilt noch wie vor für wahrscheinlich, daß dieser kommunistische Antrag abgelehnt wird, und daß es somit bei der Vertagung des Reichstages bis Januar sein Bewenden hat. Sollte sich aber der Reichstag wider Erwarten doch für die Einberufung des Reichstages entscheiden, und sollte es dann zu einer sofortigen Reichstagsversammlung und einer Abstimmung über die Mißtrauensanträge gegen die Regierung kommen, so würde der Reichskanzler ohne Zweifel nicht zögern, sofort zur Auflösung des Reichstages zu schreiten und die Neuwahlen innerhalb einer möglichst kurzen Frist anberaumen, jedoch hält man eine derartige Konfliktlösung gegenwärtig nicht für wahrscheinlich.

Ebenso glaubt man nicht mehr, daß vom Reichsrat Schwierigkeiten in der Annahme gemacht werden. Vermutlich wird die notwendige Stimmenzahl für einen Einspruch gegen den Annahmeheschluss des Reichstages nicht aufgebracht. Die entscheidende Sitzung des Reichstages wird voraussichtlich am Dienstag stattfinden.

Reichswirtschaftsminister Professor Warmbold, der am Freitag die Vertreter aller Gewerkschaften empfing, wird am Montagvormittag eine gleichartige Unterredung mit den Vertretern der Arbeitgeber über wirtschaftspolitische Fragen führen. Dazu werden die führenden Persönlichkeiten von den vereinigten Arbeitgeberverbänden, aus dem Reichsverband der deutschen Industrie und anderer Körperschaften erscheinen. Eine bestimmte Tagesordnung ist dafür nicht vorgesehen, sondern es werden alle diejenigen Dinge zur Sprache kommen, die für die Arbeitgeber von besonderer Bedeutung sind, zum Beispiel die Stellungnahme des Wirtschaftsministers zu den Arbeitsbeschaffungsplänen des neuernannten Reichskommissars Dr. Gerete.

Die eigentliche Weihnachtspause wird in diesem Jahre voraussichtlich in politischer Hinsicht sehr klein sein, besonders da auch in der Außenpolitik keine neuen Entscheidungen zu gewärtigen sind. Mehrere Mitglieder der Reichsregierung werden in der Woche zwischen Weihnachten und Neujahr Berlin verlassen; Reichskanzler v. Schleicher dagegen gedenkt in der Reichshauptstadt zu bleiben.

Am Dienstag „Verordnung zur Förderung des inneren Friedens“

Berlin, 18. Dez. Die neue Verordnung des Reichspräsidenten, die die Maßnahmen der Reichsregierung hinsichtlich der Milderung der Presse- und der Terror-Notverordnung sowie der Ersatzbestimmungen für das ablaufende Republikenschutzes bringen wird, wird nach einem neuerlichen Vortrag des Reichskanzlers bei Hindenburg am Dienstag veröffentlicht werden. Sie lautet „Verordnung zur Förderung des inneren Friedens“.

Gleichzeitig mit der Aufhebung der innerpolitischen Notverordnungen soll noch einmal eine Mahnung erfolgen, ähnlich wie sie der Reichskanzler bereits in der Rundfunkrede zum Ausdruck gebracht hat. Es soll

darin festgelegt werden, daß sich die Regierung von der Befestigung bestimmter bisheriger Maßnahmen eine beruhigende Wirkung erhofft. Falls diese Wirkung nicht eintreten sollte, sei sie entschlossen, mit noch weit schärferen Maßnahmen einzugreifen. Für diesen Fall hat ja bereits der Reichskanzler eine Verordnung zum Schutze des deutschen Volkes angekündigt, in der auch gegen die Presse sehr scharfe Vorschriften enthalten sind.

Doch noch Reichstag vor Weihnachten?

Kleinstenrat für Montag einberufen

Berlin, 17. Dez. Reichstagspräsident Goering hat den Kleinstenrat für den 19. Dezember einberufen. Es soll in dieser Sitzung der kommunistische Antrag auf Zusammentritt des Reichstages noch vor Weihnachten beraten werden. Die Kommunisten hatten bereits für Montag kommende Woche eine Reichstagsitzung verlangt. Da die Sozialdemokraten wohl sicher für die Einberufung stimmen werden, hängt alles von der Haltung der Nationalsozialisten ab. Trotz Hitlers erneuter Kampfanfrage gegen das Kabinett Schleicher wird in parlamentarischen Kreisen noch bezweifelt, daß die Nationalsozialisten dem Antrag zustimmen

werden. Es sei kaum anzunehmen, daß sie es auf einen ernstlichen Konflikt mit dem Reichskabinett und etwaige Neuwahlen ankommen lassen wollten. Immerhin sei auch damit zu rechnen. Jedenfalls ist die Abstimmung im Kleinstenrat nunmehr wieder ganz ungewiß geworden.

General Litzmanns Stellungnahme zur Rundfunkrede Schleichers

Berlin, 17. Dez. Der nationalsozialistische Vizepräsident des Reichstages, General Litzmann, verbreitet, wie das Nachrichtenbureau des V.D.Z. hört, durch die Presseleitung der Nationalsozialistischen Reichstagsfraktion eine Erwiderung auf die Rundfunkrede Schleichers, soweit sie sich mit der Person Litzmanns beschäftigt. Litzmann sagt darin, Generalfeldmarschall von Hindenburg sei ihm in der langen Zeit einer 60jährigen Bekanntschaft niemals mit Kameradschaft entgegengetreten. Daher sei es abwegig, wenn General von Schleicher es als „tief bedauerlich“ finde, daß General Litzmann jetzt „gegen den alten Kameraden“ Stellung genommen habe. Trotzdem sei er, Litzmann, für Hindenburgs erste Wahl zum Reichspräsidenten eingetreten. Hindenburg sei über für ihn eine Enttäuschung gewesen. Treue Kameradschaft dem einzelnen Menschen gegenüber brühte, falls angewandt, zum schweren Fehler werden. Diese Tugend sei nur Zweien gegenüber am Platze: unserem Gott und dem Vaterlande.

Kabinetts Paul Boncour in Frankreich



Paul Boncour

Paris, 17. Dezember. Dem bisherigen Kriegsminister Paul Boncour wurde bei seinem zweiten Besuch im Hofes am Freitag spätabends vom Präsidenten der Republik der Auftrag erteilt, die Regierung zu bilden.

Paris, 18. Dezember. Das Kabinetts Paul Boncour ist soeben gebildet worden. Um 19.45 Uhr französischer Zeit hat Paul Boncour das Kriegsministerium verlassen, um Herriot einen Besuch abzustatten. Er erklärte bei dieser Gelegenheit, er könne die Liste seiner Mitarbeiter, obwohl sie bereits feststehe, noch nicht bekanntgeben, da er zuerst Herriot aufsuchen wolle. Ministerpräsident Paul Boncour wird seine Mitarbeiter um 9 Uhr französischer Zeit dem Präsidenten der Republik vorstellen.

Paris, 18. Dezember. Vorbehaltlich noch in letzter Minute eintretender Änderungen gibt Javias die Zusammensetzung des Kabinetts Paul Boncour wie folgt bekannt: Ministerpräsident und Auswärtiges Paul Boncour (Senator, ehemaliger Sozialist), Finanzen Chéron (Senator, unabhängiger, ehemaliges Mitglied der Fraktion Poincaré), Öffentliche Arbeiten Georges Bonnet (Abgeordneter, radikal), Inneres Chaumont (Abgeordneter, radikal), Krieg Daladier (Abgeordneter, radikal), Luftfahrt Painlevé (Abgeordneter, Sozialrepublikaner), Kriegsmarine Lagues (Abgeordneter, unabhängig, früherer Linkrepublikaner), Landwirtschaft Queuille (Abgeordneter, radikal), Pensionen Dr. Gallet (Abgeordneter, katholischer Demokrat), Justiz Gardey (Senator, radikal), nationale Erziehung de Monzie (Abgeordneter, rechtsstehender Sozialist), Kolonien Albert Serrault (Senator, radikal), Arbeiten Dalimier (Abgeordneter, radikal), Handelsmarine Leon Meyer (Abgeordneter, radikal), Öffentliche Gesundheitspflege Danielou (Abgeordneter, radikale Linke), Handel de Jouvenel (Senator, unabhängig), Post Laurent Eynac (Abgeordneter, radikale Linke), Unterstaatssekretäre: Ministerpräsident Prot (Abgeordneter, unabhängiger Sozialist), Auswärtiges Cot (Abgeordneter, radikal), Inneres Jernal (Senator, radikal), Krieg Guy de Cambres (Abgeordneter), Arbeiten de Tessan (Abgeordneter, radikal), Luftfahrt Bernier (Abgeordneter, radikal), Marine Riffier

(Abgeordneter, radikal), Körperliche Erziehung Dr. Marcombes (Abgeordneter, radikal), technischer Unterricht Ducos (Abgeordneter, radikal), Nationalwirtschaft Patenotre (Abgeordneter, unabhängige Linke).

Paris, 18. Dezember. An der Spitze der Unterstaatssekretäre des neuen Kabinetts Paul Boncour sind folgende Änderungen bzw. Nachträge vorzunehmen: Unterstaatssekretär für das Landwirtschaftsministerium ist der radikale Abgeordnete Jaubert, Unterstaatssekretär im Kolonialministerium der der radikalen Linke angehörende Abgeordnete Candace.

Paris, 18. Dezember. Ministerpräsident Paul Boncour hat kurz nach 9 Uhr abends dem Präsidenten der Republik sein neues Kabinetts vorgestellt.

Paris, 18. Dezember. Bei Bekanntgabe der offiziellen Ministerliste erklärte Paul Boncour: Mein Ministerium ist die Fortsetzung des Ministeriums Herriot. Die Politik, die das Kabinetts betreiben wird, wird dies beweisen. Die Vertrauens Chérons mit dem Finanzministerium beweist zur Genüge, daß die gegenwärtige Regierung entsprechend der Ansicht des vorausgegangenen Kabinetts dem Lande die volle Wahrheit über die finanzielle Lage zu sagen und schnell die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen gedenkt.

Die Ernennung der neuen französischen Minister amtlich vollzogen

Paris, 19. Dez. Der Präsident der Republik hat Sonntagabend die Ernennungsdekrete der Mitglieder des Kabinetts Paul Boncour unterzeichnet.

29 Mitglieder des Kabinetts Paul Boncour

Paris, 19. Dez. Das Kabinetts Paul Boncour besteht aus 17 Ministern und 12 Unterstaatssekretären. Ihm gehören fünf Senatoren und 24 Abgeordnete an. Unter den Ministern und Unterstaatssekretären bekleiden 19 bereits im Kabinetts Herriot Posten; 10 Minister und Unterstaatssekretäre sind neu eingetreten.

Amerika sucht ein Kompromiß mit Frankreich

Paris, 17. Dezember. Javias berichtet aus Washington, daß das Staatsdepartement in der Frage der Zahlung der französischen Schulden ein Kompromiß suche, um der französischen öffentlichen Meinung Genugtuung zu geben. Man denke an eine Lösung, daß Frankreich mit dem Vorbehalt zahle, daß dies die letzte Zahlung vor der allgemeinen Revision der Schulden sei. Ueber die Absichten des Präsidenten der Vereinigten Staaten wisse man nur, daß er die Nationen, die ihre Schulden bezahlt haben, anders behandeln werde, als die, die nicht gezahlt haben. Hoover habe keine Botschaft an den Kongreß deshalb verzögert, um einerseits Frankreich Zeit zu geben, doch noch zu zahlen. Die Forderung der französischen Kammer, die eine allgemeine Schuldentilgung wünsch, finde keinen Widerhall im Kongreß.

Der New Yorker Korrespondent des „Welt Posten“ berichtet ebenfalls, daß die amerikanische Regierung bereit sein soll, alle ihr